

Stefanie Hokamp / Dieter Rieken

ANATOLISCHER WINTER

Im Schatten der Golfkrise versucht die türkische Regierung das Kurden-Problem auf ihre Weise zu lösen. Mit Ausnahmezustand in den betroffenen Regionen, Zwangsumsiedlungen und verstärktem Militäreinsatz sollen die Kurden, laut offiziellem Sprachgebrauch »Bergtürken«, gewaltsam assimiliert werden.

Am Ortseingang von Urfa, Hauptstadt der gleichnamigen Provinz im Südosten der Türkei, stehen etwa hundert große weiße Zelte. Sie beherbergen zur Zeit rund 700 Menschen, Flüchtlinge aus den acht östlichen Provinzen, in denen der Ausnahmezustand im April dieses Jahres zu einem unerklärten Kriegszustand verschärft wor-

Seit Jahrhunderten haben sich die Bewohner der östlichen Gebiete keiner Zentralmacht gebeugt, nicht der byzantinischen, nicht der osmanischen und auch nicht der türkischen.

den ist. Im offiziellen Sprachgebrauch des türkischen Militärs befinden sich diese Menschen auf der Flucht vor den »Terroristen« der PKK (kurdische Arbeiterpartei, die stärkste Guerillaorganisation der Region). Ihre Umsiedlung diene ihrer eigenen Sicherheit.

Tatsächlich aber wurde, wer auf »Anraten« des Generalgouverneurs der Ausnahmegebiete, Kozakcioglu nicht freiwillig gehen wollte, aus seinem heimatlichen Dorf »verbannt«, wie Menschenrechtsorganisationen berichten.

Einige darauf Angesprochene erzählen, daß sie mit militärischer Gewalt vertrieben worden seien. Die Soldaten verbrennen nach ihrer Vertreibung die verlassen Dörfer und die umliegenden Wälder. Offensichtlich geht es der türkischen Regierung darum, den Osten von möglichst vielen der unzuverlässigen Elemente, die die kurdischen Bauern in ihren Augen darstellen, zu befreien, die PKK ihrer Unterschlüpfe und – immer noch zahlreichen – Unterstützer zu berauben sowie dem türkischen Militär und den mit ihm (oft unter Zwang) zusammenarbeitenden »Dorfschützern« freies Schußfeld zu schaffen.

Das Schicksal der zwangsumgesiedelten kurdischen Bauern kümmert den Staat nicht. Sie sind zumeist ohne Geld und Nahrungsmittel in Urfa angekommen. Doch sie haben weder die ihnen versprochene Arbeit noch eine neue Unterkunft gefunden. In der Zeltstadt gibt es nur Holzbänke und Decken. Seit Monaten wächst sie von

Tag zu Tag. Mangels sanitärer Anlagen und medizinischer Versorgung stellt sie inzwischen einen gefährlichen Seuchenherd dar. In der Zeitung lesen wir, daß einige Familien an die Südküste, das traditionelle Baumwollanbauggebiet der Türkei, weitergezogen sind. Ein anatolischer Winter – in Urfa bis -20°C – wäre in dieser Zeltstadt mit Sicherheit tödlich.

Seit Jahrhunderten haben sich die Bewohner der östlichen Gebiete keiner Zentralmacht gebeugt, nicht der byzantinischen, nicht der osmanischen, und auch der türkischen nicht. Ihre eigenen traditionellen, sehr starken Autoritäten – die Scheichs (religiöse Führer), Agas (Großgrundbesitzer) und Stammesführer – haben gegenüber jeder von außen an sie herangetragenen Autorität die Oberhand behalten und jede Loyalität zu einer dem Dorf übergeordneten Gewalt verhindert. Doch jetzt scheint es so, als ob es der Regierung Özal und dem von ihm eingesetzten Gouverneur Kozakcioglu mit den neuerlichen Zwangsmaßnahmen gelingen könnte, die jahrhundertalten Loyalitätsstrukturen in den kurdischen Gebieten zu zerschlagen.

Die Zwangsumsiedlungen der Kurden finden in der westeuropäischen Öffentlichkeit noch weniger Aufmerksamkeit als in den linken türkischen Medien (Cumhuriyet, Yüzyil), die einer rigorosen Zensur unterliegen. Vor allem die Golfkrise, die die Aufmerksamkeit der Welt auf sich zieht, arbeitet für die türkischen Sicherheitskräfte und die Armee: In ihrem Schatten lassen sich diese und andere Unternehmungen noch schneller und unbemerkter abwickeln.

Auch die Bildungspolitik der Regierung muß im Kontext des Nationalitätenkonflikts gesehen werden, weil sie auf die Zerstörung der kurdischen Identität und deren Assimilierung ausgerichtet ist. Zwischen unserem Hotelier und einem jungen türkischen Sprachlehrer kommt es darüber zu einem verhaltenen Streit. Der »otelci« berichtet, daß es in Urfa früher eine Art Kolleg gab, das einheimische Lehrer für den Unterricht in den kurdischen Gebieten ausbildete. 1980 wurde es geschlossen. Seitdem kommen die Lehrer ausnahmslos aus den westlichen Universitätsstädten. Der junge Türke gerät bei diesen Worten in Rage. »Schließlich bin ich nicht freiwillig hier«, verteidigt er sich, »ich



habe keine Lust gehabt, hierher zu kommen«. Wie alle Junglehrer, die den Staatsdienst wählen, wurde er von der Regierung für zwei Jahre in den Osten versetzt. Für ihn und erst recht für seine Kollegen in den Provinzen mit verschärftem Ausnahmezustand bedeutet diese Arbeit ein Leben in Angst. In Tunceli, einer rein kurdischen Stadt nordwestlich von Diyarbakir, mußte die Regierung den türkischen Lehrern sogar Unterkünfte im Gefängnis anbieten, da sie keine Verantwortung für eventuelle »Vorkommnisse« außerhalb der Schule übernehmen könne.

Der junge Lehrer in unserem Hotel unterrichtet in einem Dorf, 30 km von hier, arabisch-kurdisch sprechende Kinder in Türkisch – ohne selbst ein einziges Wort Arabisch zu verstehen. Bevor er ins Bett geht, verteidigt er – auffallend laut – die in den Schulen gepflegte Methode des frontalen türkischen Unterrichts, auch in allen anderen Fächern. Eine offene Diskussion über diese Form der türkischen Minderheitenpolitik ist einfach nicht möglich. Für ihn haben auch die Nächte Augen und Ohren. Und der Besitzer des Hotels sieht in ihm den türkischen Beamten, der gesetzlich zur Denunziation verpflichtet ist.

In Urfa ist die Zahl der Soldaten, auffällig größer als noch vor zwei Jahren. In Diyarbakir – mit 1 Million Einwohnern die heimliche Hauptstadt der Kurden – gehören sie seit langem zum Straßenbild. An Straßenecken sitzen Männer im Staub, den obligatorischen Zahnschaber im Mund, beobachten, rauchen und führen gestenreiche Gespräche. Von den vielen geschäftig umherlautenden Frauen sieht man nur bunte Stoffe und weiße Kopf-

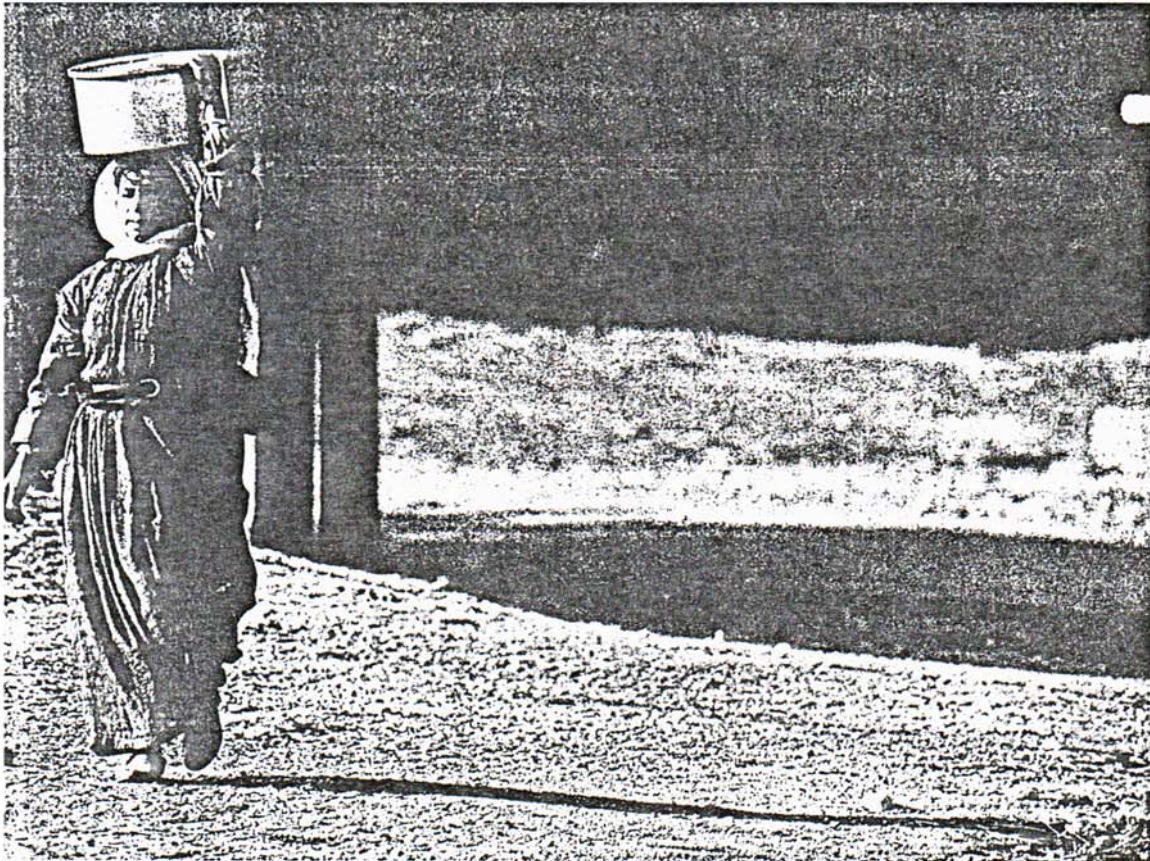


Foto: Günay Ulutugok / laif

tücher. Erst auf den zweiten Blick bemerkt man den Kontrast zum lauten Durcheinander auf Urfa Straßen: die Atmosphäre erscheint gespannter. Ein Teppichhändler im Bazar bestätigt diesen Eindruck: »Die Anzahl der Polizisten in Zivil hat sich seit April verdoppelt. Der Druck, unter dem die Bevölkerung steht, wächst.«

Im Bazar, zwischen von Staub und Fliegen bedeckten Hammelhälften und Tabakständen, an denen kiloweise verkauft wird, treffen wir auch Ramazan. Früher war er Mitarbeiter einer regionalen Zeitung im Südosten. Nach einem Artikel, der die Auflehnung kurdischer Dorfbewohner gegen die Repressionen der dort stationierten türkischen Soldaten schilderte, wurde er – ohne Verfahren und rechtlichen Beistand – verhaftet. »Drei Monate saß ich in einer Einzelzelle. Kein Fenster. Nur zu Verhören haben sie mich rausgeholt.« – Verhöre mit Schlägen auf die Fußsohlen und mit Elektroschocks. Er sollte die Namen der Bauern nennen, mit denen er in dem betreffenden Dorf gesprochen hatte. Er sagte nichts und wurde trotzdem wieder freigelassen. Seitdem arbeitet Ramazan bei seinem Onkel in einer Wäscherei. »Ich darf mir nicht die kleinste politische Auffälligkeit erlauben, sonst ist sofort die Polizei da.« Auch während unseres Gesprächs blickt er ständig um sich und redet nur im Flüsterton.

Zwei Kilometer außerhalb von Diyarbakir liegt das berüchtigte Gefängnis, das fast ausschließlich mit politischen Gefangenen belegt ist. Hinter dem Stacheldraht und den großen Mauern befinden sich 250 Häftlinge seit Wochen in einem Hungerstreik, mit dem sie gegen die Zwangsverie-

gungen an nicht einmal ihren Verwandten bekannte Orte und gegen die Einzelhaft protestieren. Ein vermutlich aussichtsloser Kampf angesichts der zynischen Haltung der Regierung: Der Innenminister z. B. nannte die Einzelzellen erst kürzlich »lüks« (luxuriös); sie stellten eine Annäherung an den europäischen Standard dar.

Eine neue Verhaftungswelle überzieht seit April den ganzen Osten der Türkei. Das betrifft auch die Universitäten. Im Oktober haben die Studenten der Technischen Universität in Diyarbakir – aus Protest gegen ihren Ausschluß von der offiziellen Feier – in einem Wohnheim ihre eigene Semestereröffnungsfeier organisiert und sie unter das Motto »Nein zum Krieg« gestellt. Bereits nach einer Viertelstunde wurde sie von der Polizei gewaltsam aufgelöst. Das Motto mag als Provokation verstanden worden sein. Nach türkischem Strafrecht war das Eingreifen der Polizei auf jeden Fall gerechtfertigt: Studenten haben eine

Der Besitzer des Hotels in Urfa sieht in dem jungen türkischen Lehrer den Beamten, der gesetzlich zur Denunziation verpflichtet ist.

Art Beamtenstatus, was ihnen jede Form der Organisation oder Versammlung – außer zum Sport – verbietet. An diesem Tag gab es rund dreißig Festnahmen und viele gebrochene Knochen. Der Student Selçuk erzählt uns diese Geschichte erst, nachdem

wir ihm auf die Stadtmauer gefolgt sind, wo man sich relativ ungestört unterhalten kann. Er berichtet auch von den lückenlosen Polizeikontrollen vor den Eingängen der Universität, von Razzien auf dem Campus und unzähligen Festnahmen von Studenten, die sich an den schon seit 1980 verbotenen, bisher aber weniger scharf verfolgten Versammlungen beteiligen.

In Selçuks Stimme mischen sich Wut und Resignation. Er sei kein Extremist, er wolle kein autonomes Kurdistan, nur einen vor dem Gesetz und auch in der Praxis anerkannten Minderheitenstatus des Kurdischen Volkes. Und die PKK? Ja, deren Kampf hält er für berechtigt. Gegen die immer stärkere militärische Unterdrückung können die Kurden nur mit Gewalt reagieren – das scheint für ihn ein zwingender Schluß zu sein.

Einem Artikel der türkischen Wochenzeitschrift »Yüzyil« vom 21.10. zufolge fand im Februar dieses Jahres in Diyarbakir ein Treffen zwischen Offizieren des türkischen Geheimdienstes (MIT) und zwei ehemaligen PKK-Aktivistinnen statt. Dabei wurde als eine mögliche Lösung des Konflikts die Bildung eines kurdischen Bundeslandes und seine förderative Anbindung an die Türkei diskutiert.

Schon seit geraumer Zeit gibt es in der Türkei Diskussionen etwa um die Aufhebung des Verbots der kurdischen Sprache. Doch alle Initiativen zur friedlichen Fügung des Konflikts sind bisher an der kompromißlosen Haltung der Regierung gescheitert, die den für die NATO – und damit für sie – strategisch wichtigen Standort im Vierländereck (Türkei, Syrien, Iran, Irak) nicht aufzugeben bereit ist. ■